gen zum Beispiel eine exakte Planaufschlüsselung, die Bekanntgabe der Selbstkosten für die Produkte, die kontinuierliche Materialbereitstellung usw.

Während der Wahlbewegung wurde ein sichtbarer Aufschwung in der kulturellen Massenarbeit und in der Entwicklung eines vielseitigen kulturellen Lebens in den Städten, Gemeinden und Wohngebieten erreicht.

Unsere volksdemokratische Staatsmacht und die Nationale Front des demokratischen Deutschland haben sich weiter gefestigt. Die staatlichen Organe konnten auf der Grundlage des Gesetzes über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates durch die stärkere operative Tätigkeit der Volksvertreter, Ratsmitglieder und der Mitarbeiter des Staatsapparates, durch ihre enge Verbindung mit den Werktätigen sichtbare Ergebnisse auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet erreichen. Durch ihr Auftreten in zahlreichen Versammlungen und Aussprachen mit der Bevölkerung trugen sie dazu bei, die politischen Grundfragen zu erläutern und die Werktätigen stärker in die Lösung der staatlichen Aufgaben einzubeziehen.

Immer mehr Volksvertreter, örtliche Räte und andere staatliche Organe bereiten ihre Entscheidungen durch Aussprachen und Beratungen mit den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und mit den Gewerkschaften, mit den Arbeitern in den Betrieben und anderen Werktätigen unmittelbar an Ort und Stelle vor.

Das einmütige Bekenntnis zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland war eine eindeutige Zustimmung der Bevölkerung zu den Beschlüssen des V. Parteitags. Es war ein Treuebekenntnis zur Arbeiter-und-Bauern-Macht, eine Demonstration der Einheit von Bevölkerung, Volksvertretung und Regierung. Bei einer Wahlbeteiligung von 98,9 Prozent der wahlberechtigten Bürger stimmten 99,87 Prozent für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und für ihr Wahlprogramm. Dieses Ergebnis war gleichzeitig eine unmißverständliche Absage an die Politik der reaktionären und aggressiven Kräfte in Westdeutschland.

Von den 466 Mitgliedern unserer Volkskammer sind 286 ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter, die übrigen kommen aus der Bauernschaft und anderen Schichten der Bevölkerung.

Im Gegensatz dazu kommt in der Zusammensetzung und in der Tätigkeit des Bonner Bundestages und auch der Länderparlamente in der Bun-